



Chef des Politischen Sekretariats

PB Nr. 18 / K

Canberra, den 14. November 1975

Politischer Schlussbericht
über Australiens innere und
äussere Lage

an					c/a
datum					-2. DEZ. 1975 B
Vize					<i>[Handwritten signature]</i>
EPD		-2. DEZ. 1975 B			
Ref. P.A. 21.31.					

Caplan

h 24/x1

Quellen: Hohe Beamte im Aussenministerium

Innenpolitik

Die Entlassung des Premierministers Whitlam durch Generalgouverneur Kerr wird in allen Kreisen Australiens als ausserordentliches und schwerwiegendes Ereignis betrachtet. Whitlam verfügte über eine, allerdings knappe, Mehrheit im Repräsentantenhaus. Im Senat, der Länderkammer, war die Labour-Partei hingegen in der Minderheit. Oppositionsführer Fraser entschloss sich unter dem Druck des Koalitionspartners und der eigenen Partei, die Annahme des Budgets zu verweigern, und zwar aus dem Grunde, weil die Labour-Regierung durch Skandale und Günstlingswirtschaft kompromittiert und ausserdem unfähig sei, der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit beizukommen. Dass der Generalgouverneur zugunsten Frasers eingriff, trotzdem er selber der Labour-Partei nahesteht, hat allgemein überrascht. Es war aber anscheinend die einzige Möglichkeit, dem Chaos vorzubeugen, das sich wegen des Fehlens finanzieller Mittel für die weitere Verwaltung des Staates auszubreiten drohte. Der Generalgouverneur konnte Whitlam nicht mit der vorläufigen Weiterführung der Regierungsgeschäfte bis zu Neuwahlen betrauen, weil sich dieser weigerte, solche auszuschreiben. Whitlam und seine Anhänger haben nun eine wahre Hasskampagne gegen Fraser, die Liberale und Landpartei sowie gegen den Generalgouverneur entfesselt, die das Land noch tiefer in zwei Lager spaltet als dies bis jetzt schon der Fall war. Allerdings riefen die besonnenen Gewerkschaftsführer zur Mässigung auf, weil offensichtlich allgemeine Streiks und Strassentumulte die Wahlaussichten für Labour nicht verbessern würden. Ob die Parole Whitlams, er sei durch illegales Vorgehen des Generalgouverneurs seines



- 2 -

Amtes beraubt worden, die Mehrheit der Wählerschaft gegen den jetzt amtierenden Sachwalter-Ministerpräsidenten Fraser mobilisieren kann, wird sich am Wahltag des 13. Dezember 1975 erweisen.

Fraser erklärte seine Absicht, bis zu den Wahlen keine politischen Entscheidungen zu treffen und das Land lediglich nach den bisherigen Gesetzen zu verwalten. Die Ungewissheit über die weitere politische Entwicklung in Australien schliesst positive Impulse für die Wirtschaft vorläufig aus.

Auf dem Gebiete der Aussenpolitik stellen sich für Fraser einige Probleme. Er hat insbesondere im Rahmen der UNO-Generalversammlung Entscheide zu treffen, für die der Wille zur Fortführung der bisherigen Politik keine genügende Grundlage bildet.

Dies gilt vorerst für die in der Generalversammlung demnächst zur Abstimmung kommenden Korea-Resolutionen und damit in bezug auf das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Die USA-Regierung hat dem australischen Botschafter in Washington Vorhalte gemacht, weil sich Australien bei der Abstimmung über die Resolution zugunsten Nordkoreas in der politischen Kommission der Stimme enthalten hat, was nach Meinung der Amerikaner entscheidend zur Annahme dieser Resolution beigetragen hat. Die Zuverlässigkeit Australiens als Partner im Anzus-Bündnis sei damit in Frage gestellt. Ein hoher Beamter des Aussenministeriums ist der Ansicht, dass Australien bei der Abstimmung in der Generalversammlung dem amerikanischen Standpunkt Rechnung tragen und gegen die Nordkorea-Resolution stimmen wird.

Paradoxerweise hat Nordkorea die australische Haltung in der politischen Kommission der UNO übelgenommen und die diplomatischen Beziehungen mit Australien unter beispiellosen Begleitumständen abgebrochen. In der Tat reiste das gesamte Personal der Botschaft in Canberra in aller Stille ab und sandte gleich-

zeitig an die Botschaften der "Dritten" Welt und der Neutralen eine Note, worin sie die australische Regierung unerträglicher Provokation und der Missachtung der diplomatischen Privilegien bezichtigte. Die nordkoreanische Regierung forderte in der Folge die australische Botschaft in Pyongyang auf, das Land zu verlassen. Der zuständige Beamte im Aussenministerium bemerkte dazu im privaten Gespräch, die Politik Whitlams, durch die Anerkennung Nordkoreas zu einem Dialog zwischen Nord- und Südkorea beizutragen und Australien das Ansehen eines Vermittlers zu verschaffen, habe fehlgeschlagen und sei seitens Nordkoreas mit einem Fusstritt "belohnt" worden.

China hat sich anlässlich des Zwischenfalls mit Nordkorea zuvorkommend und verständnisvoll gezeigt. Die Regierung erleichterte die Reise des australischen Botschaftspersonals nach Peking und liess durchblicken, dass sie das Vorgehen der Nordkoreaner für unangebracht und unzivilisiert halte. Die Beziehungen mit China entwickelten sich für Australien in letzter Zeit zufriedenstellend. Peking hat vollständig auf doktrinäre Beeinflussungsversuche verzichtet und verkehrt mit Canberra in der Sprache traditioneller sachlicher Diplomatie, wobei auf das chinesische Interesse an stabilen Verhältnissen in Südostasien sowie an einem strategischen Gleichgewicht im Indischen Ozean hingewiesen und ein gesundes Misstrauen gegenüber der Sowjetunion empfohlen wird.

Das sowjetrussisch-australische Verhältnis ist ziemlich normal. Canberra versucht unentwegt, in Moskau auf die Wahrung des strategischen Gleichgewichts im Indischen Ozean hinzuwirken. Die Labour-Regierung verurteilte in diesem Sinne den amerikanischen Plan, die Insel Diego Garcia als Stützpunkt auszubauen. Die provisorische Fraser-Regierung wird das Problem wohl ruhen lassen. Zwei russische Wissenschaftler, die in Canberra mit gemischten Gefühlen erwartet worden waren, - man befürchtete Vorschläge für die Errichtung gemeinsamer Satellitenbeobachtungsstationen -, haben ihren Besuch nach der Ausschaltung Whitlams ohne Erklärung abgesagt.

- 4 -

Die Beziehungen zu Indonesien waren wegen Timor einer gewissen Belastung ausgesetzt. Auf Empfehlung des permanenten Stabes des Aussenministeriums hatte Ministerpräsident Whitlam das Hauptgewicht auf ein gutes Einvernehmen mit Präsident Suharto gelegt und zu erkennen gegeben, dass er die Aktionen Jakartas zur Unterstützung der Anti-Fretilin-Kräfte stillschweigend billigen werde. Aussenminister Willesee verfolgte dagegen das Ziel, die Labour-Doktrin hochzuhalten und mit der Fretilin-Partei in Timor zu sympathisieren. Diese Linie hat zu Gewerkschaftsaktionen in australischen Häfen gegenüber indonesischen Schiffen geführt. Der indonesische Botschafter hält indessen dafür, dass diese Vorkommnisse nicht überbewertet werden sollten. Unter der "Caretaker"-Regierung Frasers scheint eine ähnliche zwiespältige Haltung Australiens in der Timor-Frage weiterzubestehen. Fraser teilt den Wunsch der australischen Berufsdiplomatie, mit Indonesien in ungetrübten Beziehungen weiterzuleben, während der neue Aussenminister Peacock anzunehmen scheint, die "Caretaker"-Regierung dürfe sich eine Brückierung der Fretilin-Leute in Timor nicht leisten.

Mit Südostasien bestehen nach der Ansicht des Aussenministeriums seit Liquidierung des Vietnamkrieges keine Probleme mehr.

Was Japan anbelangt, sind die Beziehungen ebenfalls zufriedenstellend, wenn auch der von Whitlam eifrig angestrebte Nara-Vertrag noch nicht unterzeichnet werden konnte, weil Japan bis jetzt darauf bestanden hat, in bezug auf die geschichtlich bedingten Vorteile Grossbritanniens und der USA auf dem Gebiete der Investitionen in Australien nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung nachträglich noch gleichziehen zu können. Dies ist aber für Australien nicht annehmbar. Ob eine definitive Regierung in Australien einen in dieser Hinsicht verschwommenen Vertragstext aus Prestige-Gründen später unterzeichnen wird, ist vorläufig eine offene Frage.

- 5 -

Mit Europa haben sich die Beziehungen sehr verbessert, seit Frankreich die atmosphärischen Atomexplosionen in Polynesien eingestellt hat und seit der sture nationalistische Bergbau- und Energieminister Connor seines Amtes enthoben worden ist, womit der Weg zu bedeutungsvollen Verhandlungen über eine europäisch-australische Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Uranlieferungen und der Ausnützung der Atomenergie geebnet erscheint.

Ueber die künftige australische Aussenpolitik kann bis zum Zeitpunkt, da Australien entweder noch einmal eine Labour-Regierung oder eine neue Koalitionsregierung der Liberalen und der Landpartei haben wird, nichts ausgesagt werden.



(M. Koenig)